**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/2975**

09. 11. 95

Sachgebiet 63

# Entschließungsantrag

## der Gruppe der PDS

### zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996
### – Drucksachen 13/2000, 13/2593, 13/2601 bis 13/2627, 13/2630 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1996 beschleunigt die Bundesregierung die Demontage sozialstaatlicher Sicherungssysteme. Sie grenzt weitere Bevölkerungsteile aus dem Arbeitsleben aus und verschlechtert die soziale Sicherung. Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit bedeuten der beabsichtigte Wegfall der Arbeitslosenhilfe für bestimmte Personengruppen und weitere Kürzungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe die endgültige Preisgabe des grundgesetzlich verankerten Sozialstaatsprinzips. Durch die Kürzung der Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz werden Kosten, die der Bund zu tragen hätte, zusätzlich auf die Kommunen abgeschoben und diese in den finanziellen Ruin getrieben. Neue beschäftigungspolitische Impulse gehen vom Haushalt 1996 nicht aus.

   Die drastische Kürzung der Mittel für die neuen Bundesländer wird nicht nur dort die Wirtschaftsentwicklung gefährden und die Arbeitsmarktlage zuspitzen, sondern auch in den alten Ländern zu negativen Wirkungen für Wachstum und Beschäftigung führen.

   Ein nachhaltiger Beitrag zum ökologischen Umbau ist nicht erkennbar.

   Die Verringerung statt Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und das nicht an die steigenden Mieten angepaßte Wohngeld vergrößern die Wohnungsmisere.

   Forschung und Bildung sind gemessen an den Zukunftsanforderungen unterfinanziert. Der Verteidigungshaushalt orientiert sich in der Ausgabenseite, insbesondere bei den Beschaffungsvorhaben, an Zeiten des Kalten Krieges. Friedliche Konfliktvorbeugung und Förderung der Konversion bleiben nach wie vor unter den Notwendigkeiten. Damit wird erneut ein falsches Zeichen für die gewachsene internationale und globale Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland gesetzt.

Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit entspricht trotz geringfügiger Erhöhung bei weitem nicht den sich ständig verschärfenden globalen Problemen wie Armut, Unterentwicklung, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung, Bevölkerungsentwicklung und Umweltzerstörung. Dies steht im krassen Widerspruch zu den Forderungen und den von der Bundesregierung unterzeichneten Deklarationen von VN-Konferenzen seit den 70er Jahren, zuletzt in der Abschlußerklärung des Weltsozialgipfels von Kopenhagen im März 1995.

2. Die im Rahmen der 104. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen" offenkundig gewordenen steuerlichen Mindereinnahmen in Höhe von 26,1 Mrd. DM für 1995 und 29,4 Mrd. DM für 1996, darunter rd. 10 bzw. 13 Mrd. DM beim Bund, sind nicht primär Ergebnis einer fehlerhaften Konjunkturprognose oder von Schätzungsunsicherheiten, sondern vor allem Resultat der Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung, insbesondere der massiven Entlastungen von Gewinnen und Vermögen sowie der inkonsequenten Verfolgung von Steuerhinterziehung und -mißbrauch.

   Darüber hinaus wurde spätestens bereits im Juli 1995 deutlich, daß die der Steuerschätzung vom Mai 1995 zugrundeliegenden volkswirtschaftlichen Prognosen erheblich nach unten zu korrigieren sind. Ungeachtet dessen wurde der Haushaltsentwurf 1996 auf Grundlage dieser unrealistischen Annahmen erstellt. Eine Korrektur erfolgte erst im Verlauf der parlamentarischen Debatte.

   Zweck dieser nachträglichen Offenbarung ist es offensichtlich nicht nur, das Versagen der Politik der Bundesregierung zu verschleiern, sondern Öffentlichkeit und Deutschen Bundestag zu zwingen, einer Politik des forcierten Sozialabbaus und der schleichenden Privatisierung zu folgen.

3. Die Vorschläge der Bundesregierung und der Regierungskoalition zum Ausgleich der steuerlichen Mindereinnahmen werden den Anforderungen einer soliden Haushaltsplanung nicht gerecht, da sie insbesondere für 1996 von nicht nachvollziehbaren Grundlagen ausgehen.

   - So unterstellt die Reduzierung der Personalkosten um 1 Mrd. DM eine Nullrunde im öffentlichen Dienst.
   - Die von der Bundesregierung veranschlagten Einnahmen in Höhe von 1,7 Mrd. DM aus der Privatisierung der Lufthansabeteiligungen sind in 1996 aus EU-rechtlichen Gründen ebenfalls kaum realisierbar.
   - Auch die Privatisierung von im Bundeseigentum befindlichen Wohnungen wird – abgesehen von der damit verbundenen sozialen Verunsicherung der Mieterinnen und Mieter – mit hoher Wahrscheinlichkeit die Einnahmeerwartungen nicht erfüllen.
   - Die Fristverkürzung für die Berücksichtigung der Mineralölsteuer ist nichts als ein Verbuchungstrick.

- 3 Mrd. DM „Sonstiges" innerhalb eines Jahres in klingende Münze umsetzen zu wollen ist geradezu abenteuerlich.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die den Alltag von Millionen von Menschen belastenden Sorgen infolge von

   - Massenarbeitslosigkeit, die vor allem immer mehr Frauen und junge Menschen erfaßt,
   - Ausbildungsnotstand,
   - Hochschulmisere,
   - Altersarmut,
   - Defizite an bezahlbaren Wohnungen,
   - drohendem ökologischen Kollaps

   müssen durch den Bundeshaushalt 1996 gemildert werden. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, durch Haushaltsumschichtungen und die kurzfristig mögliche Realisierung von Mehreinnahmen den Prozeß der sozialen Demontage für die Bürgerinnen und Bürger zu beenden.

   Zu den dringendsten mit dem Bundeshaushalt 1996 zu lösenden Aufgaben gehören:

   - Einleitung arbeitsmarktpolitischer Sofortmaßnahmen, mit denen der personelle Umfang der Arbeitsförderung ausgeweitet, bisher benachteiligte oder ausgeschlossene Personengruppen in die Förderung integriert und insbesondere durch die Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Arbeitsmarktstruktur" strukturelle Grundlagen für eine Verstetigung der Arbeitsförderung zu einem öffentlich gestützten Beschäftigungssektor geschaffen werden;
   - Erhalt und Ausbau der einkommenssichernden Aufgabe der Arbeitslosenhilfe gegenüber allen längerzeitig erwerbslosen Personen und dadurch Entlastung auch der kommenden Haushalte;
   - Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und Anpassung des Wohngeldes an die gestiegenen Mieten;
   - Beseitigung des Rentenstrafrechts und Behebung der Überführungslücken im Renten-Überleitungsgesetz sowie Aussetzung des Abschmelzens der Auffüllbeträge und Rentenzuschläge;
   - Verzicht auf die Kürzung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, Anpassung der Bedarfssätze an die gestiegenen Lebenshaltungskosten und damit Gewährleistung des Hochschulzugangs für alle jungen Menschen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern; zukunftsorientierte Umstrukturierung der Ausbildungskapazitäten;

- Einstieg in ein längerfristiges Gemeinschaftsprogramm zur Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze, insbesondere in den neuen Bundesländern;

- Einleitung einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise durch Begrenzung der Ressourcenverschwendung, Verhinderung einer weiter zunehmenden Belastung von Luft und Wasser, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und damit der Verkehrsvermeidung sowie Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, Ausbau der Flächenbahn;

- Gewährung einer kommunalen Investitionspauschale, um vor Ort sachkundig über die notwendigsten Maßnahmen entscheiden zu können.

2. Die Finanzierung dieser Aufgaben kann aus dem Haushalt 1996 erfolgen durch

   - die Reduzierung von 27 in Änderungsanträgen der Gruppe der PDS benannten Haushaltstiteln des Bundesministeriums der Verteidigung im Umfang von über 7 Mrd. DM, darunter 635 Mio. DM für die Entwicklung des Eurofighters 2000, 870 Mio. DM für die Beschaffung von neuen Flugzeugen, 145 Mio. DM für die Beschaffung des Waffensystems MRCA, 1 130 Mio. DM für weitere wehrtechnische Entwicklung und Erprobung neuer Waffen.

     Es gilt, die bestehende Haushaltspraxis zu durchbrechen, wonach die mehr als 1 000 Titel des Rüstungshaushaltes zu Lasten der Arbeitsförderung und der Bereitstellung sozialer Leistungen erhöht werden;

   - die Reduzierung der Ausgaben von 32 in Änderungsanträgen der Gruppe der PDS benannten Haushaltstiteln im Umfang von 1 Mrd. DM, insbesondere durch die Reduzierung sächlicher Verwaltungsausgaben, die hälftige Kürzung der für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung vorgesehenen Mittel im Umfang von 560 Mio. DM, Verzicht auf den Ausbau der Atomkraftanwendung sowie den Transrapid;

   - den Abbau der aus Zeiten des Kalten Krieges nach westlichen Standards überdimensionierten Bundesrohölreserve, was beim Verkauf von 1 Mio. t Rohöl einen Erlös von 180 Mio. DM erbringen kann;

   - die Reduzierung der Entschädigungen und Amtszulagen nach § 11 des Abgeordnetengesetzes auf 81 Mio. DM. Die im Bundeshaushaltsplan 1996 vorgenommene Diätenerhöhung um 12 Mio. DM greift der Beschlußfassung durch den Deutschen Bundestag vor.

     Zudem kann nicht hingenommen werden, daß Abgeordnete des Deutschen Bundestages sich besserstellen, während große Teile der Bevölkerung von wachsender Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheit und realen materiellen Verlusten betroffen sind;

- die Umstellung des Förderinstrumentariums für die Wirtschaft, indem die Vergabe von Fördergeldern an die Zahl der zu schaffenden oder zu sichernden Arbeits- und Ausbildungsplätze gebunden wird anstatt an das Investitionsvolumen;
- die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für besserverdienende Beamte;
- die Verpflichtung der Banken und Versicherungen zur Zeichnung einer zinslosen Anleihe in Höhe von 5 % ihrer Bruttowertschöpfung. Diese Anleihe ersetzt einen Teil der im Haushaltsentwurf 1996 veranschlagten verzinslichen Neuverschuldung.

Wenn die Bundesregierung und die Mehrheit des Deutschen Bundestages ein gleiches Tempo wie bei der Änderung von Gesetzen zur Absenkung sozialer Leistungen auch bei der Mittelumschichtung bzw. der Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Erhöhung des Steueraufkommens an den Tag legen würden, könnten bereits im Verlaufe des Jahres 1996 erhebliche beschäftigungspolitische Wirkungen erzielt werden.

3. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes für 1995 bis 1999 (Drucksache 13/2001) ist den tatsächlichen Gegebenheiten der Jahre 1995 und 1996 anzupassen, und die Einnahmen des Bundes sind auf eine dauerhafte und realistische Grundlage zu stellen.

   - Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -mißbrauch ist das Personal der Finanzverwaltung insbesondere im Bereich der Betriebsprüfung erheblich zu verstärken. Die damit verbundenen Mehraufwendungen werden durch die erzielbaren Einnahmen mehr als kompensiert. Allein eine 10%ige Reduzierung des Steuerbetrugs würde pro Jahr zu Steuermehreinnahmen in Höhe von rd. 15 Mrd. DM führen.
   - Zu beenden ist die kurzsichtige Privatisierung von Bundesvermögen zum Stopfen von Haushaltslöchern. Mit der Veräußerung insbesondere gewinnerwirtschaftender Unternehmen wird um den Preis einmaliger Erlöse auf die Quelle langfristig erzielbarer Einnahmen verzichtet.
   - Durch eine vom Deutschen Bundestag einzusetzende Kommission sind die Umstände und Erlöse des Verkaufs ehemaliger DDR-Kreditinstitute vollständig aufzuklären. Wie vom Bundesrechnungshof festgestellt wurde, sind beim Verkauf der früheren DDR-Banken möglicherweise Schäden in zweistelliger Milliardenhöhe entstanden.
   - Zurückzufordern sind Fördergelder für Unternehmen, wenn nach Abschluß der Forschungsarbeit Arbeitsplätze für die Fertigung der Ergebnisse aus der Forschung ins Ausland verlagert werden.

4. Um die Kurzatmigkeit in der Haushaltsführung und die ständige Einschränkung sozialer Leistungen zu beenden, wird die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich Weichen für

Steuereinnahmen aus bisher völlig ungenutzten Quellen zu stellen und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Insbesondere geht es um den Einsatz von Expertenkommissionen, die

- die Wirkungen einer Umstellung des gegenwärtigen Beitragssystems zur Sozialversicherung auf eine Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen und
- die Modalitäten einer Besteuerung von Börsenumsätzen

prüfen.

Bonn, den 9. November 1995

**Dr. Gregor Gysi und Gruppe**

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333